PROTOKOLL

aufgenommen über die am Donnerstag, den 13. November 2014 um 19 Uhr 30 im Gemeindeamt Achenkirch - Sitzungssaal - stattgefundene 7. Gemeinderatssitzung 2014 des Gemeinderates Achenkirch.

Anwesend: Bgm. Stefan Messner, Bgm.-Stv. Karl Moser, GV Manfred Höpperger, Irmgard Birnbacher und Nikolaus Zöschg sowie die Gemeinderäte Irene Ledermaier, Martin Rieser, Markus Danler, Franz Unterberger, Gabriele Buchmayer, Gottfried Danler, Maximilian Stecher, Franz Waldhart (Ersatzmann), Robert Geisler und Angelika Egger

Entschuldigt: GR Johannes Lamprecht

Nicht erschienen: -----

Es waren 4 (vier) Zuhörer anwesend.

Tagesordnung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und Unterfertigung Sitzungsprotokoll
2. Änderung Flächenwidmungsplan Bereich Gst. 599/8 Lager – Stellungnahme bzw. Beschluss
3. Änderung Bebauungsplan Bereich Gst. 1869/3 u.a. Christlumsiedlung – Stellungnahme bzw. Beschluss
4. Änderung Flächenwidmungsplan Bereich Gst. 1378/2 – Rinner/Wiedeking
5. Verschiedene Auftragsvergaben (z.B. Asphaltierung)
6. Festsetzung Hebesätze 2015
7. Winterdienstvereinbarungen – Preisanpassungen
8. Anträge, Anfragen und Allfälliges

1. Der Bürgermeister eröffnet die Gemeinderatssitzung, begrüßt die anwesenden Gemeinderätinnen sowie die Gemeinderäte und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Das Protokoll der Sitzung vom 04. September 2014 wird ordnungsgemäß unterfertigt.

2. Änderung Flächenwidmungsplan Bereich Gst. 599/8 - Lager – Stellungnahme bzw. Beschluss

Vom Gemeinderat wurde bei der Sitzung am 04. September d. J. einstimmig die Auflage bzw. der Beschluss über die Änderung des Flächenwidmungsplanes im Bereich des Grundstückes Gst. 599/8 gefasst. Innerhalb der Auflagefrist wurde vom Nachbarn Manfred Bugar eine Stellungnahme zu diesem Entwurf abgegeben. Die Stellungnahme wird dem Gemeinderat vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht. Auch vom Raumplaner liegt eine entsprechende Äußerung zu dieser Stellungnahme vor (wird gleichfalls verlesen). Die von Herrn Bugar vorgebrachten Einwände sind lt. Schreiben von DI Falch nicht raumordnungsrelevant. Eine Ausweitung des Betriebes ist mit dieser Widmung über die gewidmete Fläche hinaus nicht möglich. Der Bürgermeister verweist in diesem Zuge darauf, dass bei der Kundmachung über die Auflage bzw. den Beschluss über die Änderung des Flächenwidmungsplanes irrtümlich die falsche Parzellen- und Projektnummer angeführt wurde, die dazugehörigen Planunterlagen jedoch richtig waren. Nach eingehender Debatte beschließt der Gemeinderat einstimmig, dass der Stellungnahme von Herrn Bugar nicht entsprochen wird und dass die Auflage in verkürzter Form nochmals erfolgt.

Flächenwidmungsplanänderung Nr. 53 – Gst. 599/8 – Lager

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Achenkirch gemäß § 113 Abs. 3 und 4 iVm § 70 Abs. 1 Tiroler Raumordnungsgesetz 2011 – TROG 2011, LGBI.Nr. 56, und § 64 Abs. 1 des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2006 – TROG 2006, LGBI. Nr. 27, einstimmig den von DI Andreas Falch ausgearbeiteten Entwurf (Projektnummer R14ac-51294) über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Achenkirch im Bereich des

Grundstückes Gst. 599/8 in verkürzter Form durch zwei Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Der Entwurf sieht eine Widmungsänderung im Bereich des Grundstückes Gst. 599/8 von derzeit „Freiland“ (§ 41 TROG 2011) in „Sonderfläche Schlossereibetrieb“ (§ 43 Abs. 1 lit. b TROG 2011) – Widmung mit Teilfestlegungen (§ 51 TROG 2011) Festlegung Detailplan Ebene 1 = KG – vor.

Gleichzeitig wird gemäß § 113 Abs. 3 iVm § 70 Abs. 1 lit. a TROG 2011 der einstimmige Beschluss über die dem Entwurf entsprechende Änderung des Flächenwidmungsplanes gefasst.

Dieser Beschluss wird jedoch nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.

3. **Änderung Bebauungsplan Bereich Gst. 1869/3 u.a. Christlumsiedlung – Stellungnahme bzw. Beschluss:**

Für die bei der Sitzung am 04. September d. J. beschlossene Auflage bzw. Beschlussfassung über die Änderung des Bebauungsplanes im Bereich Gst. 1869/3 u.a. wurde von Herrn Helmut König eine Stellungnahme abgegeben. In Bezug auf diese Stellungnahme wurde auch von der Wildbach- und Lawinenverbauung eine neue Äußerung eingeholt. In dieser wurde darauf verwiesen, dass die bisher abgegebene Stellungnahme ausreichend ist und in weitere Folge im Zuge der Bauverfahren entsprechende Auflagen zum Bauvorhaben gemacht werden. GV Zöschg erklärt, dass die Höhenangaben im Bereich des Grundstückes von Herrn König Helmut nicht nachvollziehbar sind. Er verweist auch darauf, dass durch diesen Bebauungsplan entstehende Nachteile rechtlich weiterverfolgt werden.

Der Bürgermeister führt an, dass von der Wildbach- und Lawinenverbauung der gesamte Bereich begutachtet wurde. Aufgrund dieser Erhebungen wurde dann auch der Entwurf mit den verschiedenen auf den Straßenverlauf angepassten Höhen erstellt. Es wurde auch darauf geachtet, dass genügend Flutmulden bzw. Sickerflächen verbleiben. Hinsichtlich der nunmehrigen Vorschriften haben sich auch die Beurteilungskriterien geändert. Die Sachverständigen gehen von anderen Kriterien aus wie noch vor ca. 10 Jahren. Die nunmehrigen Festsetzungen dürften sich auch positiv auf das Grundstück des Herrn Helmut König auswirken. Auch nach Errichtung der bereits ausgeführten bzw. noch zu errichtenden Schutzbauten im Bereich Unterautal müsste sich die Gefahrensituation verbessern, wobei eine gänzliche Gefahrenfreiheit bei keiner Verbauungsmaßnahme zu 100% gewährleistet werden kann, jedoch als sehr gering eingeschätzt werden kann. Die Errichtung des Geschieberückhaltebeckens im Unterautal ist für 2015 vorgesehen. Die Festlegungen für das Grundstück Helmut König sind „nur“ für zukünftige Bauvorhaben relevant.

GV Zöschg erklärt, dass er bei diesem Tagesordnungspunkt aus Befangenheitsgründen nicht mitstimmt.

Der Gemeinderat beschließt aufgrund der vorliegenden zusätzlichen Stellungnahme der Wildbach- und Lawinenverbauung einstimmig (ohne GV Zöschg), dass der Stellungnahme von Herrn Helmut König nicht entsprochen werden kann.

Auf Antrag des Bürgermeisters wird der von DI Andreas Falch ausgearbeitete Entwurf (Projektnummer R12ac-50713, Plan-Nr. AC-Bpl-CK-10) über die Änderungen „Allgemeiner Bebauungsplan Christlumsiedlung 1997“, „Ergänzender Bebauungsplan Christlumsiedlung 2000“ und „Allg. und Erg. Bebauungsplan Christlumsiedlung-König 2004“ („Planungsbereich „Christlum: König – Gp. 1869/1, Gp. 1869/3, Gp. 1869/20, Gp. 1869/5, Gp. 1871/1“ für den Planungsbereich der Gst 1869/1, 11869/3, 1869/20, 1869/5 und 1871/1 KG Achenal lt. planlicher und schriftlicher Darstellung vom Gemeinderat gemäß § 66 Abs. 4 des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2011 – TROG 2011, LGBI. Nr. 56, beschlossen (ohne GV Zöschg).

4. **Änderung Flächenwidmungsplan Bereich Gst. 1378/2 – Rinner/Wiedeking**

Im Bereich der Grundstücke Gst. 1278/2, 1364/16 bzw. 1364/18 ist aufgrund der Neugestaltung der Zufahrt zwischen der Familie Rinner und Frau Ruth Wiedeking ein Grundtausch vorgesehen. Beim Grundstück der Familie Rinner wird ein Trennstück im Ausmaß von 36 m² aus der Gst. 1378/2 zugeschrieben, welches jedoch im Flächenwidmungsplan derzeit als „Freiland“ ausgewiesen ist. Für die beabsichtigte Änderung des Flächenwidmungsplanes wurden die entsprechenden Unterlangen von Herrn DI Andreas Falch ausgearbeitet und dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht.

Flächenwidmungsplanänderung Nr. 54 – Gst. 1378/2 Tfl. – Rinner/Wiedeking

Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Achenkirch gemäß § 113 Abs. 3 und 4 iVm § 70 Abs. 1 Tiroler Raumordnungsgesetz 2011 – TROG 2011, LGBI.Nr. 56, und § 64 Abs. 1 des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2006 – TROG 2006, LGBI. Nr. 27, einstimmig den von DI Andreas Falch ausgearbeiteten Entwurf (Projektnummer R14ac-51296) über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Achenkirch im Bereich des Grundstückes Gst. 1378/2 (Teilfläche) durch vier Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.

Der Entwurf sieht eine Widmungsänderung im Bereich des Grundstückes Gst. 1378/2 (Teilfläche) von derzeit „Freiland“ (§ 41 TROG 2011) in „Wohngebiet“ (§ 38 Abs. 1 TROG 2011) vor.

Gleichzeitig wird gemäß § 113 Abs. 3 iVm § 70 Abs. 1 lit. a TROG 2011 der einstimmige Beschluss über die dem Entwurf entsprechende Änderung des Flächenwidmungsplanes gefasst.

Dieser Beschluss wird jedoch nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.

5. **Verschiedene Auftragsvergaben (z.B. Asphaltierung)**

Für die Sanierung der Weganlage im Bereich Klotz, Fingerlos und Forsthaus wurden entsprechende Angebote (Fröschl, Teerag-Asdag und Strabag) eingeholt. Die Arbeiten wurden bereits vergeben und werden in der kommenden Woche fertiggestellt. Die Kosten belaufen sich lt. Angebot der Firma Fröschl auf € 15.799,-- zuzügl. MwSt., wobei in dieser Summe bereits anteilig die Kosten für die Entwässerung enthalten sind. Bei diesem Angebot wurde auch die Asphaltierung bzw. die Entwässerung der „Vorderen Hecherfeldsiedlung“ berücksichtigt, wobei diesbezüglich noch mit den betroffenen Parteien eine Einigung über die Kostenbeteiligung erforderlich ist. Die Kosten für die Asphaltierung liegen bei ca. € 14.000,-- (netto). Der restliche Teil in Höhe von ca. € 25.000,-- müssten von den Parteien aufgebracht werden. Dies wäre eine Vorgangsweise wie sie von der Gemeinde bisher gehandhabt wurde (Fertigstellung Weg bis Planie durch den Wegerhalter und Asphaltierung durch die Gemeinde, bei gleichzeitiger, kostenloser Übernahme des Weges in das öffentliche Gut). GV Zöschg ist mit der Übernahme der Kosten für die Asphaltierung durch die Gemeinde nicht einverstanden. Der Bürgermeister erklärt, dass dies im Falle einer Übernahme der Weganlage in das öffentliche Gut bisher immer so gehandhabt wurde. Es liegt auch bereits seit längerem ein entsprechender Antrag für die Übernahme der Weganlage vor, wobei dieser bisher immer von einer ordnungsgemäßen Oberflächenentwässerung bzw. der Regelung mit der Zufahrt zum Forsthaus abhängig gemacht wurde (bisher Privatgrundstück der ÖBF – jetzt Gemeinde). Sollte es bezüglich der Übernahme der Kosten durch die Parteien zu keiner Einigung kommen, bleibt der Weg weiterhin im Privatbesitz. Man wird diesbezüglich mit der Hausverwaltung Philip Kontakt aufnehmen. Man wird bei der nächsten Bauausschusssitzung über zukünftige Vorgaben bei einer Übernahme in das öffentliche Gut Richtlinien verfassen (ev. Änderung, dass der Weg erst übernommen wird, wenn er fix und fertig ist, d.h. es werden nur noch Wege übernommen, die auch bereits asphaltiert sind). Die Auftragsvergabe an die Firma Fröschl wird vom Gemeinderat einstimmig zur Kenntnis genommen.

Auch für die Erneuerung der Wasserleitung im Bereich Schafstätt wurden drei Angebote eingeholt und die Arbeiten an die Firma Fröschl vergeben. Die Erneuerung war aufgrund des schlechten Zustandes erforderlich, wobei die Leitung neben der Bundesstraße (Querung der Bundesstraße) neu verlegt wurde. Auch dieser Auftrag wurde im Bauausschuss (€ 78.760,73 inkl. MwSt.) bereits besprochen. Der Gemeinderat nimmt die Auftragsvergabe zustimmend zur Kenntnis. Die Arbeiten wurden bereits durchgeführt.

Für den Bereich Wörthsiedlung wurden die Preise aufgrund des vorliegenden Angebotes der Firma Fröschl ermittelt. Die Kosten belaufen sich inkl. der erforderlichen Entwässerungsarbeiten bzw. der Mitverlegung der Wasserleitung auf € 169.669,38 (ohne Material für die Wasserleitung). Der Auftrag wird aufgrund des vorliegenden Angebotes einstimmig an die Firma Fröschl vergeben. Mit den Arbeiten wird bei entsprechender Witterung in der kommenden Woche begonnen.

Für das Jahr 2014 erhält die Gemeinde noch Bedarfszuweisungen in Höhe von 100.000,-- Euro. Bezüglich Bedarfszuweisungen für das Jahr 2015 findet am 19. November ein Gespräch mit Herrn LR Tratter statt.

6. Festsetzung Hebesätze 2015

Der Vorschlag über die Höhe der Hebesätze für 2015, der vom Bürgermeister ausgearbeitet wurde, wird dem Gemeinderat zur Kenntnis gebracht. Zusätzlich zu den „vorgeschriebenen“ Anpassungen (Wasser- und Kanalgebühren) ist auch eine indexangepasste Erhöhung der Gebühren beabsichtigt. Auch eine Gegenüberstellung wie sich diese Erhöhungen auf die einzelnen Haushalte auswirken wurde erstellt und dem Gemeinderat übergeben. Von GR Gottfried Danler wird wie bereits in den letzten Jahren eine Anpassung der Freimengen für die Großvieheinheiten gefordert. Laut Danler liegt diese nach Angaben der Landwirtschaftskammer bei 21 m³/GVE (Almbetrieb) bzw. 28 m³/GVE wenn die Tiere das ganze Jahr beim Hof sind. GV Zöschg bringt diesbezüglich vor, dass ein Landwirtschaftsbetrieb eigentlich einem „Betrieb“ gleich zu stellen ist. Demnach müsste man auch bei anderen Betriebsarten über eine „Ermäßigung“ sprechen. Es wird zugesagt, dass man sich diesbezüglich bei anderen Gemeinden informieren wird und eine Anpassung bei der nächsten Sitzung behandeln wird. Auch über eine von Bürgermeister Messner vorgeschlagene Deckelung der Gebühren für Großfamilien (mehr als 2 Kinder) wird man im Ausschuss beraten und erforderlichenfalls eine Änderung der Verordnung im Gemeinderat behandeln.

Nach eingehender Debatte werden nachstehende Hebesätze für 2015 vom Gemeinderat einstimmig beschlossen:

Kanalanschlussgebühr und laufende Kanalgebühr			Netto
Kanalanschlussgebühr pro m ² Geschoßfläche	€ 16,23	inkl. MwSt.	(€ 14,75)
Kanalanschlussgebühr pro Einwohnergleichwert (EGW)	€ 360,00	inkl. MwSt.	(€ 327,27)
Laufende Kanalbenutzungsgebühr pro m ³ Wasserverbrauch	€ 2,12	inkl. MwSt.	(€ 1,93)
Anschlussgebühr für Dachwasser pro m ² Dachfläche	€ 3,00	inkl. MwSt.	(€ 2,73)
Anschlussgebühr für Weg- und Parkflächen pro m ² Fläche	€ 3,00	inkl. MwSt.	(€ 2,73)
Wasseranschlussgebühr und laufende Wassergebühr			
Wassergebühr je m ³ Wasserverbrauch lt. Wasserzähler	€ 0,67	inkl. MwSt.	(€ 0,61)
Zählermiete für Wasserzähler bis 3 m ³	€ 16,00	inkl. MwSt.	(€ 14,55)
Zählermiete für Wasserzähler bis 20 m ³	€ 47,00	inkl. MwSt.	(€ 42,73)
Zählermiete für Wasserzähler bis 40 m ³	€ 108,00	inkl. MwSt.	(€ 98,18)
Zählermiete für Wasserzähler bis 60 m ³	€ 138,00	inkl. MwSt.	(€ 125,45)
Zählermiete für Wasserzähler bis 150 m ³ nach tatsächl. Aufwand			
Wasserläufe ohne Zähler – Pauschalgebühr	€ 175,00	inkl. MwSt.	(€ 159,09)
Sondergebühr für Großabnehmer ab 10.001 m ³ jährlich	€ 0,62	inkl. MwSt.	(€ 0,56)
Wasseranschlussgebühr bzw. –erweiterungsgebühr je m ² Geschossfläche lt. Wasserleitungsordnung bzw. Wasserleitungsgebührenordnung	€ 9,00	inkl. MwSt.	(€ 8,18)

Anbohrpauschale für Hausanschlüsse ohne Material	€ 60,00	inkl. MwSt.	(€ 50,00)
Anbohrpauschale für Hausanschlüsse mit Material	€ 420,00	inkl. MwSt.	(€ 350,00)
Vergütung für ganzjährig bewirtschaftete landwirtschaftliche Betriebe, soweit eine Versorgung aus dem öffentlichen Wasserleitungsnetz erfolgt je Großvieheinheit (GVE)	13,00 m³		
Pferde, Jungpferde, Fohle, Rinder (über 2 Jahre)	1,00 GVE		
Jungvieh	0,50 GVE		
Kälber (3 Kälber = 1,00 GVE)	0,33 GVE		
Schafe, Ziegen, Schweine (je 10 Stück = 1,00 GVE)	0,10 GVE		
Müllgebühr			
Grundgebühr pro Person/jährlich	€ 28,00	inkl. MwSt.	(€ 25,45)
Grundgebühr pro Betrieb/jährlich	€ 75,00	bis maximal	(€ 68,18)
	€ 750,00	inkl. MwSt.	(€ 681,82)
Restmüll pro kg	€ 0,40	inkl. MwSt.	(€ 0,36)
Müllsack (60 Liter)	€ 3,60	inkl. MwSt.	(€ 3,27)
Müllsack (40 Liter)	€ 2,40	inkl. MwSt.	(€ 2,18)
Sperrmüllanlieferung pro m³ - Wertmarken werden im Gemeindeamt ausgegeben (Staffelung nach ¼ m³ - Anlieferung nur mit Wertmarken möglich)	€ 28,00	inkl. MwSt.	(€ 25,45)
Sperrmüllanlieferung/Holz pro m³ - Wertmarken werden im Gemeindeamt ausgegeben (Staffelung nach ¼ m³ - Anlieferung nur mit Wertmarken möglich)	€ 12,00	inkl. MwSt.	(€ 10,91)
Reifenentsorgung ohne Felge (PKW-Reifen)	€ 3,00	inkl. MwSt.	(€ 2,73)
Reifenentsorgung mit Felge (PKW-Reifen)	€ 5,00	inkl. MwSt.	(€ 4,55)
Grabgebühren			
Grabstätten bis 2,20 bm je bm jährlich	€ 5,80		
Grabstätten über 2,20 bm je bm jährlich	€ 11,50		
Urnengräber jährlich	€ 23,00		
Steuerhebesätze			
Grundsteuer A jährlicher Steuerhebesatz	500 %		
Grundsteuer B jährlicher Steuerhebesatz	500 %		
Kommunalsteuer	3 %		
Wiegegebühren			
Kälber, Rinder, Pferde, Schweine, Schafe, Ziegen udgl. je Stück	€ 3,00		
Wiegegut bis 1.000 kg	€ 3,00		
Wiegegut bis 5.000 kg	€ 5,00		
Wiegegut bis 10.000 kg	€ 8,00		
Wiegegut bis 20.000 kg	€ 9,00		
Hundesteuer			
für den ersten Hund	€ 93,00		
für den zweiten Hund	€ 103,50		
für jeden weiteren Hund	€ 119,00		
Ermäßigte Gebühr gemäß § 3 Hundesteuerordnung	€ 46,50		
Leihgebühren für Maschinen und Geräte			
Walze mit Mann je Stunde	€ 47,00		
Wackerstampfer bzw. Rüttelplatte mit Mann je Stunde	€ 40,00		
Wackerstampfer bzw. Rüttelplatte ohne Mann je Stunde	€ 14,00		

Asphaltschneider mit Mann je lfm	€ 3,40		
Asphaltschneider ohne Mann je lfm	€ 1,60		
Unimog, Traktor oder sonstiges Fahrzeug je Stunde	€ 44,00		
Unimog, Traktor oder sonstiges Fahrzeug mit Anhänger je Stunde	€ 56,00		
Arbeiter je Stunde	€ 28,00		
Pauschale für die Zustellung der Geräte	€ 15,00		
Loipengerät inkl. Fahrer bzw. MwSt.	€ 109,50		
Gebühr für Plakatierer			
Plakate bis 1,00 m²/Monat – Plakatierer	€ 2,00		
Sonstiges			
Chronik Achenkirch	€ 38,00		
Vergnügungssteuer			
Festlegung gemäß den Bestimmungen des Vergnügungssteuergesetzes 1982, LGBl.Nr. 33/1982 i.d.g.F.			
Waldumlage			
Die Gemeinde ist aufgrund des § 10 der Tiroler Waldordnung ermächtigt, zur teilweisen Deckung des Personalaufwandes für den Gemeindewaldaufseher eine jährliche Umlage einzuhoben. Für den Wirtschaftswald (WW sowie WS2) können 50 % und für den Schutzwald im Ertrag (SiE) können 15 % der Gesamtkosten berücksichtigt werden. Der Gesamtaufwand für den Waldaufseher wird mit € 49.000,-- festgesetzt. Aufgrund der Gesamtfläche (WW sowie WS2) 1.818,08 ha und SiE 1.032,38 ha ergibt sich ein „Hebesatz“ von € 17,19/ha (€ 49.000,--/2.850,46 ha). Somit ergibt sich für den Wirtschaftswald ein Hektarsatz von € 8,60 und für den Schutzwald im Ertrag ein Hektarsatz von € 2,58. Der anteilige Gesamtbetrag an der Umlage ist bei Waldeigentümern mit nachgewiesener Ausbildung – Forstfacharbeiter 20 % und Forstwirtschaftsmeister/Forstorgan 40 % - zu verringern.			

7. Winterdienstvereinbarungen – Preisanpassungen

Die Firma Heinrich Grauß hat schriftlich um eine Preisanpassung für die Durchführung des Winterdienstes angesucht. Auch von Herrn Kreutner wurde diesbezüglich bereits vorgesprochen. GV Zöschg führt an, dass es bei den Sätzen für die Firma Kreutner bisher noch keine Anpassung gegeben hat. Der Bürgermeister erklärt diesbezüglich, dass es bei beiden Firmen seit dem Winter 2010/2011 keine Erhöhung geben hat.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig, dass die Sätze für den Winterdienst ab dem Winter 2014/2015 wie folgt neu festgesetzt werden:

Heinrich Grauß Transport GmbH.

Räumeinsatz bzw. Räum- und Streueinsatz	€ 66,-- zuzügl. MwSt.
Streueinsatz	€ 60,-- zuzügl. MwSt.

Gottfried Kreutner, Schneeräumung

Räumeinsatz	€ 60,-- zuzügl. MwSt.
Streueinsatz	€ 49,-- zuzügl. MwSt.
Räum- und Streueinsatz	€ 65,-- zuzügl. MwSt.

8. Anträge, Anfragen und Allfälliges

a) Terminbekanntgaben

Der Bürgermeister gibt nachstehende Termine bekannt:

27.11.2014 – 18.30 Uhr – Gemeinderatssitzung ROK

18.12.2014 – 19.30 Uhr – Gemeinderatssitzung

19.12.2014 – 14.30 Uhr – Seniorenweihnachtsfeier Mehrzweckhalle und Seealm

19.12.2014 – 17.00 Uhr – Weihnachtsfeier Gemeinde mit Taxidienst

09.12.2014 – Weihnachtsfeier Sozialsprengel Region Achenal

b) Langlaufloipen

Bezüglich der Anfrage hinsichtlich der Langlaufloipe im Bereich Adlerhof erklärt der Bürgermeister, dass diese Angelegenheit bereits wieder geregelt wurde.

c) Fraktionsfeuerwehr Achentäl

Das alte Auto der Fraktionsfeuerwehr Achentäl (Ford Transit) wird in der kommenden Woche abgeholt bzw. an Herrn Logar übergeben. Am 19.11.2014 erfolgt die Übergabe der Fahrzeuge bei der Landesfeuerweherschule.

d) Protokoll der nicht öffentlichen Teile der Sitzung vom 04.09.2014, 04.10.2014 u. 16.10.2014

Die nicht öffentlichen Teile der Sitzungsprotokolle vom 04. September 2014, 04. Oktober 2014 und vom 16. Oktober 2013 werden verlesen und vom Gemeinderat ordnungsgemäß unterfertigt.

Ende: 21 Uhr 45

g. g. g.

.....
Bgm. Stefan Messner

F.d.R.d.A.

(Pockstaller)